

Wirtschaft

50 000 Steamer

wurden in der Schweiz im letzten Jahr verkauft – halb so viele wie Backöfen. Total verzeichneten die Haushaltsgrossgeräte 2018 zusammengekommen einen Zuwachs von 0,9 Prozent auf 1,5 Millionen Geräte. Um 1,5 Prozent wuchsen die Haushaltskleingeräte auf 5,4 Millionen Stück. (sda)

Aktien Top

Blackstone	2.7	+8%
Asmallworld	3.6	+6.51%
Cassiopea	38.7	+6.03%

Aktien Flop

Grp. Minoteri.	360	-5.26%
Kuros Biosc. N	2.82	-4.73%
MCH Group N	20.9	-3.69%

Devisen und Gold

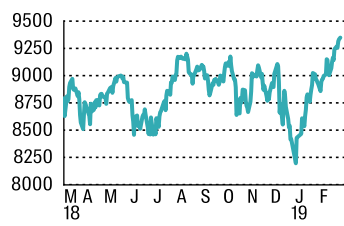
Dollar in Franken	0.9997	-0.11%
Euro in Franken	1.1336	-0.08%
Gold in Fr. pro kg	42309	-1.07%

Zinssätze in %

Geldmarkt	21.02.	Vortag
Fr.-Libor 3 Mt.	-0.7148	-0.721
Fr.-Libor 6 Mt.	-0.6558	-0.657

SMI +0.16%

9348.93



Angaben ohne Gewähr. Quelle: vwd 23022019

«Wellenbewegungen» waren das Problem.»

CEO Paul Schuler nannte an der gestrigen Bilanzmedienkonferenz die volatilen Rohstoffpreise als einen Grund für die leicht gesunkene Umsatzrendite bei Sika. 13



Druck auf KMU-Garagen steigt

Luzern Die Autoimporteure beherrschen immer grössere Teile des Schweizer Automarktes. Kleine Garagen haben Mühe, die strengen Vorgaben zu erfüllen. Jetzt schaltet sich die Politik ein.

Maurizio Minetti

In den letzten Jahren mussten viele unabhängige Autogaragen ihren Betrieb einstellen oder verkaufen. Der Hauptgrund: Die hohen Anforderungen der Hersteller, etwa in Bezug auf Digitalisierung und Elektromobilität. Weil die Garagen diese steigenden Anforderungen nicht immer erfüllen können, haben Schweizer Generalimporteure «zahlreiche Kündigungen von Handels- und Serviceverträgen ausgesprochen», wie die Wettbewerbskommission im Herbst festgestellt hat. Die wichtigsten Importeure sind hierzulande Amag und Emil Frey. Die beiden kontrollieren rund die Hälfte des Schweizer Neuwagenverkaufs.

«Es wird immer schwieriger, die hohen Standards einzuhalten und gleichzeitig eine genügend grosse Gewinnmarge zu erwirtschaften, um den Betrieb aufrechtzuerhalten», sagt ein langjähriger Kenner der Autobranche. Die Vorgaben der Automarken gehen zum Teil so weit, dass die Beleuchtungsstärke der Lampen in einem Showroom oder die Farbe der Böden vorgeschrieben wird. Und natürlich muss eine gewisse Zahl an Fahrzeugen verkauft werden – sonst droht eine Vertragskündigung. Die Folge dieser Entwicklung ist, dass die grossen Garagen immer grösser werden und die Kleinen zusehends aussterben. «Für die Kunden wird die Auswahl damit kleiner», sagt Patrick Krauskopf, Kartellrechtsprofessor an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur.

Rund ein Dutzend Verfahren schweizweit

Direkt betroffen ist derzeit zum Beispiel die Garage Epper in Luzern mit 20 Angestellten. Die 1930 gegründete Garage ist nach eigenen Angaben eine der ältesten Schweizer Jaguar-Vertretungen. Vor zwei Jahren hat der Schweizer Jaguar- und Land-Rover-Importeur Emil Frey der Garage die Markenvertretung per Ende Februar 2019 gekündigt (wir berichteten). Seitdem versuchte Epper mit Emil Frey zu verhandeln – erfolglos. Vor wenigen Tagen hat Emil Frey Epper-Kunden angeschrieben und ihnen deutlich gemacht, dass sie bei Epper ab 1. März keine Garantiarbeiten mehr erhalten. Nur: Im Januar hatte Epper vor dem Kantonsgericht Luzern eine Klage gegen Emil Frey eingereicht, wie Firmeninhaber Stefan Epper bestätigt. «Dass Emil Frey mit einem



Garageninhaber Stefan Epper in der Luzerner Filiale.

Bild: Dominik Wunderli (21. Februar 2019)

Brief in ein laufendes Verfahren eingreift, ist unerhört», sagt er. Die Garage hat in der Zwischenzeit den Kunden mitgeteilt, dass sie weiterhin alle bisherigen Leistungen erwarten dürfen. Sollte Emil Frey vor Gericht gewinnen, hätte der Importeur nach Angaben von Epper in der Region Zentralschweiz das Monopol im Jaguar- und Land-Rover-Servicebereich. Eine unabhängige Garage wie Epper könne ohne Vertrag mit der Automarke keine Garantieleistung anbieten. Emil Frey wollte mit Hinweis auf laufende Verfahren keine Stellungnahme abgeben.

Kartellrechtsexperte Krauskopf, der früher Vizedirektor der Wettbewerbskommission war, vertritt schweizweit viele Garagen, die sich wie Epper vor Gericht gegen den Entzug von Markenvertretungen oder Serviceverträgen wehren. Er sagt: «Schweizweit laufen rund ein Dutzend Verfah-

ren.» Unabhängige Markengaragen hätten keine Chance, sich den Vorgaben zu entziehen. «Entweder sie machen mit, oder sie gehen unter.» Der Gang vor Gericht ist für inhabergeführte KMU-Garagen allerdings kostspielig. Öfter kommt es deshalb vor, dass sie sich vom Importeur übernehmen lassen, wie etwa kürzlich das ehe-

«Für die Kunden wird die Auswahl kleiner.»

Patrick Krauskopf
Kartellrechtsprofessor

Händler hatten bei der Weko eine Klage gegen die Amag eingereicht. Sie warfen ihr vor, sie vom Markt verdrängen zu wollen. Auf eine Untersuchung hat die Weko allerdings verzichtet. Aus einer Passage im dazugehörigen Bericht der Weko interpretiert Kartellrechtsprofessor Krauskopf, dass der Servicemark ein alleinstehender Markt und Amag in diesem marktbeherrschend ist. Die Weko hält dem entgegen, dass lediglich Anhaltspunkte dafür bestünden. Die Frage nach der marktbeherrschenden Stellung ist wichtig, denn: «Wenn ein Importeur marktbeherrschend ist, darf er nicht ohne sachlichen Grund Verträge kündigen», sagt Krauskopf.

Pfister, Gmür und Hunkeler machen Druck

Die Situation im Autogewerbe hat nun auch die Politik auf den Plan gerufen. Im September hat CVP-Präsident Gerhard Pfister im Nationalrat eine Motion eingereicht. Vereinfacht gesagt verlangt er, dass bestehende Händlerschutzbestimmungen verbindlich werden, indem sie in eine Verordnung fliessen. Die Motion ist noch nicht traktandiert; der Bundesrat hat sich dagegen ausgesprochen.

«Ich hoffe, dass die Motion bald auf die Traktandenliste kommt», sagt dazu die Luzerner CVP-Nationalrätin Andrea Gmür auf Anfrage. «Der Schutz der vielen Garagen, zumeist Familien-KMU, gegenüber ausländischen Herstellern ist derzeit ungenügend», sagt Gmür. Mehr Konkurrenz bewirke mehr Wettbewerb, mehr Wettbewerb führe zu besseren Angeboten. «Unser lokales KMU-Gewerbe hat einen überaus wichtigen Stellenwert, bildet das Rückgrat der lokalen Wirtschaft. Ich möchte auch zwischen den lokalen, den bei uns verankerten Garagen wählen können.»

Und auch auf kantonaler Ebene tut sich was. Am Freitag hat der Luzerner FDP-Kantonsrat Damian Hunkeler einen Vorstoss zum Verdrängungswettbewerb im Gewerbe eingereicht. Mit seiner Anfrage will er vom Regierungsrat wissen, ob sich dieser der «Tatsache, dass das lokale KMU-Gewerbe zunehmend von Grossunternehmen verdrängt wird, bewusst ist, und welche Massnahmen er dagegen zu ergreifen gedenkt».

Die Anfrage verlangt zudem eine Stellungnahme der Regierung, inwiefern sie das Kartellgesetz des Bundes als hinreichende Rechtsgrundlage erachtet, um das Luzerner Gewerbe von der Marktmacht der Importeure zu schützen.

UBS rüttelt nach Milliardenurteil nicht an Dividende

Banken Die UBS will trotz der in erster Instanz verhängten Rekordstrafe in einem Gerichtsprozess in Frankreich nicht von ihrer Dividendenpolitik abrücken. Die für 2018 vorgeschlagene Dividende von 70 Rappen je Aktie solle nicht angetastet werden, sagte Bankchef Sergio Ermotti gestern in einer Telefonkonferenz für Analysten. Zudem halte die Schweizer Grossbank an ihrer Ausschüttungspolitik fest: Das Institut will die Dividende jährlich steigern und überschüssiges Kapital vorzugsweise über Aktienrückkäufe ausschütten. Allerdings werde die UBS dabei ihren Geschäftsausblick und unvorhersehbare Ereignisse berücksichtigen. Vorrangiges Ziel sei, die Dividenden abzusichern, sagte Ermotti. Zu den konkreten Auswirkungen wolle sich die Bank bei der für Mitte März geplanten Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2018 äussern.

Ein französisches Gericht hatte die Schweizer Bank im Prozess um Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu einer Strafzahlung von 4,5 Milliarden Euro verurteilt. Das Institut hat jedoch umgehend Berufung eingelegt. Damit ist das Urteil nicht rechtskräftig. (sda)

5G-Lizenzen: Vergabe im März

Telekom Der offizielle Start für die neue Mobilfunktechnik 5G rückt näher: Nach der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen will das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) die Konzessionen voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats März erteilen. Momentan laufe noch die Einsprachefrist von 30 Tagen gegen die Ergebnisse der Auktion, teilte das Bakom gestern auf Anfrage der Nachrichtenagentur AWP mit. Die Konzessionen seien den Betreibern zum rechtlichen Gehör zugestellt worden. Nach Ablauf dieser Frist könnten die Konzessionen erteilt werden.

In der Zwischenzeit könnten auch die Betreiber die zugeteilten Frequenzen basierend auf Versuchskonzessionen bereits eingeschränkt nutzen, schrieb das Bakom weiter. Sunrise hatte am Vortag angekündigt, bis Ende März die neueste Mobilfunkgeneration in 150 Städte und Orte bringen zu wollen. Die Swisscom will bis Ende Jahr 60 Städte und Gemeinden punktuell mit 5G versorgen. Salt plant weiterhin, die 5G-Technologie im dritten Quartal einzuführen. (sda)